

Sehr geehrte Frau Gemeindeammann, liebe Marianne,

ich danke für deine Begrüssung und dass wir in deinem schönen Dorf Birmenstorf zu Gast sein können. Es ist nicht das erste Mal. Und ich hoffe, auch nicht das letzte, wenn ich an eure Gastfreundschaft denke.

Als wir das letzte Mal hier waren, im Januar 2020 feierten wir unsere Edith Saner als Grossratspräsidentin. Ein wunderbarer Anlass, der im ganzen Umfang zeigte, was Birmenstorf «drauf» hat an Dorfkultur in allen Belangen, ob wirtschaftlich, gesellschaftlich und vor allem auch kulinarisch.

Sehr geehrte Frau Nationalrätin, liebe Ruth,
sehr geehrter Herr Regierungsrat Markus Dieth,
(er ist ja in der Regel wertvoller Teil meiner Rede zu den Aktualitäten der Aargauischen Regierungspolitik, heute wird er in einem eigenen Traktandum zum Steuergesetz sprechen, er darf dort selbstständig auch alles andere einbauen)
lieber Herr Fraktionspräsident, lieber Alfons,
liebe Mitglieder der Fraktion des Grossen Rates, der Parteileitung und des Parteivorstandes,
liebe Geschäftsführerin, liebe Barbara,
liebe Parteikolleginnen, liebe Parteikollegen,

Ich habe es erwähnt. Das letzte Mal als wir hier waren, feierten wir unbeschwert ein Fest. Es würde eines der letzten sein in dieser Form. Denn bald danach brach eine der grössten Krisen seit dem zweiten Weltkrieg über alle Länder dieser Erde aus. Eine weltweite Pandemie. Sie veränderte das Leben schlagartig, und die damalige Präsidentin des Grossen Rates erlebte ein Präsidialjahr, welches sie und wir alle uns so nicht vorgestellt hatten. Edith Saner meisterte diese schwierige Aufgabe im Verbund mit dem damaligen Landammann Markus Dieth hervorragend. Wir danken euch nochmals dafür.

Zwei Jahre später ist eingetroffen, was zwar nüchtern betrachtet, alles andere als fernab des Möglichen liegt, wir aber vergessen hatten, für möglich zu halten. Zu sehr hatten wir uns darauf verlassen, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Selbstverständlichkeiten sind und Wirtschaftsbeziehungen wertfrei funktionieren. Die momentanen wirtschaftlichen Verflechtungen der westlichen Demokratien mit Autokratien und die daraus folgenden Abhängigkeiten sind die schmerzhafteste Erkenntnis dessen, was wir zwar schon wissen, aber ständig verdrängen.

Wir brauchen Öl von den Saudis, ein Schariastaat. Wir pflegen intensive Geschäftsbeziehungen mit China, einer Diktatur, die, nur um ein Beispiel zu nennen, eine fürchterliche Unterdrückung der Uiguren betreibt, und wir brauchen Gas von den Russen. Die Russen, die jetzt in einer ungehemmten Verletzung des Völker- und Menschenrechtes ein freies Land in Europa überfallen, eine unglaubliche Zerstörung der Infrastruktur, der Wirtschaft, der Kulturgüter anrichten, Tod und Verderben in Kauf nehmen, den Menschen Hab und Gut rauben und Millionen in die Flucht schlagen.

Die Bilder von Butscha, (eine kleine Stadt 20 Minuten ausserhalb von Kiew) seit der Rückeroberung durch die Ukrainer lassen niemanden mehr kalt. Und so wie dort sieht es gemäss dem deutschen Journalisten Enno Lenze in vielen Städten aus.

(Auch RTS Sebastien Faure). Beide Journalisten hatten sich auch entnervt geäußert, dass man die Bilder nun in Zweifel zieht, denn erstens müssten ja dann auch die Satellitenbilder lügen und vor allem Zeugen, mit welchen sie sprechen konnten. Wie man sich das denn vorstellen sollte, fragten sie? Die Ukrainer würden in aller Eile Leichen auf die Strassen legen und dann 1000 Statisten nach Butscha führen mit eingeübten Zeugenaussagen, um die Journalisten zu belügen.

Umso mehr hätte sich das Aussendepartement diese verunglückte Verlautbarung nicht leisten sollen. Man verurteile die Völkerrechtsverletzungen in Butscha und sie müssten untersucht werden. Jedoch fordere man alle Seiten auf, ihre Zivilbevölkerung zu schützen. Alle Seiten! Wer sind alle Seiten? Und wie hätte die ukrainische Seite ihre Zivilbevölkerung in Butscha schützen können, wenn Butscha ja besetzt war?

Für die Schweiz gibt es nur eine Seite. Diejenige von Recht. Völkerrecht und Menschenrecht. Die Schweiz steht als neutraler Staat, als Rechtsstaat auf der Seite des Rechts. Und Unrecht und Recht als westlicher Rechtsstaat gleich zu behandeln, ist nicht neutral. Denn damit stellen wir uns auf die Seite des Aggressors. Des Unrechts. Des Verletzers von Völkerrecht. Und deshalb tragen wir als europäisches Land im Herzen von Europa, als Mitnutzerin und Teilhaberin des westlichen freiheitlichen Konzeptes die Sanktionen gegen Russland mit. Russland, das dieses Konzept verletzt.

Der Preis von Wirtschaftssanktionen gegen Putin trifft auch uns. Wir müssen leidende Branchen wohl wieder einmal unterstützen, das haben wir bei Corona auch getan. Doch besser dies, als einen noch viel höheren Preis zu bezahlen. Dieser Krieg muss gestoppt werden.

Es gibt auch, so schrecklich dieser Krieg ist, die hoffnungsvolle Seite. Europa wächst zusammen. Hätten wir nach allen Querelen um das Rahmenabkommen gedacht, dass es auf diese Weise geschieht. In der Erstarkung und Kraft des gemeinsamen Bewusstseins seiner Werte. Freiheit. Solidarität. Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Das beweist erstens die riesige, vor allem auch private Bereitschaft, den Geflüchteten, Aufnahme zu gewähren. Mit allen Schwierigkeiten, die dies mit sich bringt. Und auch teilweise den Überforderungen im privaten Bereich. Es beweist, die Kraft unserer Institutionen und den Behörden auf Bundes-Kantons- und Gemeindeebene diese grosse Menge an Menschen auf der Flucht zu bewältigen und ihnen den Schutzstatus S zu gewähren.

Das beweist zweitens die Frage der europäischen Sicherheitsarchitektur, die wir alle neu überdenken. Die westlichen Staaten haben seit den 90er Jahren ihre Verteidigungsetats auf unverantwortliche Weise reduziert und damit ihre eigenen Verfassungsaufträge negiert. Die Amerikaner haben es den Nato-Staaten immer vorgeworfen. Zwei Prozent des BIP wäre vertraglich festgemacht. Ihr haltet das nicht ein und diese Angreifbarkeit gefährdet die Sicherheit. So, wie das Helmut Schmitt sagte: «Verhandlungen kommen immer zuerst, aber sei militärisch immer so stark, dass der Verhandlungspartner an den Tisch gezwungen wird.»

Die Schweiz gehört der Nato nicht an, aber auch unseren Verteidigungsetat haben wir kontinuierlich reduziert. In den 90er Jahren war er noch 1,7 Prozent des BIP, heute 0,8. Auch wir erfüllen den Verfassungsauftrag nicht. Nämlich, eine Verteidigungsarmee zu haben, die ihren Namen verdient und im Ernstfall reagieren kann. Die Armee hat drei Berichte verfasst. Denjenigen über die Bodentruppen. Denjenigen über die Flugabwehr. Denjenigen zur Cybersicherheit. Da ist klar nachzulesen, was sie braucht. Sie hat die Hausaufgaben gemacht. Die Politik muss es auch tun. Den Auftrag erfüllen.

Und dieser Auftrag ist die bewaffnete Neutralität. Konkret: wir greifen niemanden an, doch werden wir angegriffen, verteidigen wir das Land. Eigentlich das grösste Friedenskonzept aller Zeiten. Würden es alle anwenden, gäbe es nie Krieg. Aber kann nicht sein, dass wir als wohl eines der reichsten Länder, uns zurücklehnen mit dem Gedanken, die Nato um uns herum wird es schon richten.

Das Zusammenwachsen in Europa beweist drittens, auch die wirtschaftliche Kraft, die vorhanden ist. Auch die EU ist eines Friedenskonzept. Ein Wirtschaftskonzept. Auch wenn wir der EU nicht angehören, sind wir durch die bilateralen Verträge Teil des Wirtschaftsraumes. Sanktionen gegen Putin zu verordnen, ist ein Teil der gemeinsamen Abwehr. Entziehen wir doch Putin seine Geschäfte mit uns. Es wird ihn mehr treffen als uns und die freie Welt. Seien wir selbstbewusst.

Im nachfolgenden A propos, das der Fraktionspräsident leitet, geht es um die Ukraine. Um die Frage, wie eine Gemeinde im Kanton Aargau die Flüchtlingsproblematik löst. Grossrat Ralf Bucher wird dazu informieren. Und um militärische Einschätzungen. Dazu Peter Candidus Stocker, Brigadier a.D

Ich danke Ihnen. Der Parteitag ist eröffnet